

ORGANISATIONSREGLEMENT DES SCHWEIZER PFLEGERATES

*Verabschiedet von der Delegiertenversammlung am [Datum]
Inkrafttreten*

*Jede Personenbezeichnung im vorliegenden Reglement gilt sinngemäss für
Angehörige jeden Geschlechts*

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 1 Rechtsgrundlage

Dieses Reglement wird gestützt auf Art. 7 der Statuten von alliance care vom 26. Juni 2026 erlassen. Es wird von der Delegiertenversammlung gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. m der Statuten genehmigt.

Art. 2 Zweck

Gegenstand dieses Reglements bildet die Organisation, die Zusammensetzung, die Zuständigkeiten und die Arbeitsweise des Schweizerischen Pflegerats (nachfolgend: Pflegerat).

II. ZUSAMMENSETZUNG UND VERTEILUNG DER SITZE

Art. 3 Zusammensetzung

1. Der Pflegerat besteht aus höchstens fünfundfünfzig (55) Mitgliedern.
2. Dem Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) stehen 26 Sitze zu, was der Vertretung der 26 Schweizer Kantone und Halbkantone entspricht.
3. Der Präsidentin und der Vizepräsidentin des SBK stehen von Rechts wegen zwei (2) zusätzliche Sitze zu. Diese Sitze kommen zu den in Absatz 2 genannten sechszwanzig Sitzen hinzu, wodurch sich die Gesamtzahl der SBK-Sitze auf achtundzwanzig (28) erhöht.
4. Den Gliedverbänden außer dem SBK werden höchstens zwanzig (20) Sitze zugewiesen. Die Verteilung erfolgt nach einem Schlüssel, der sich nach der Anzahl der Einzelmitglieder zum 31. Dezember des vorangegangenen Geschäftsjahres richtet, und zwar nach folgenden Grundsätzen:
 - a) mindestens zwei (2) Sitze pro Gliedverband mit bis zu 2.000 Einzelmitgliedern;
 - b) drei (3) Sitze für 2.001 bis 3.000 Einzelmitglieder;
 - c) vier (4) Sitze für 3.001 bis 4.000 Einzelmitglieder;
 - d) ab 4.000 Einzelmitgliedern ein zusätzlicher Sitz pro 1.000 Mitglieder, bis zu einer Höchstzahl von zwanzig (20) Sitzen.

Die Verteilung wird vom Pflegerat auf der Grundlage der von den Gliedverbänden übermittelten Daten neu berechnet; wenn die Summe der nach dem Verteilungsschlüssel ermittelten Sitze das verfügbare Kontingent übersteigt (insgesamt 55 Sitze, abzüglich der 28 Sitze des SBK), schlägt der Pflegerat der Delegiertenversammlung einen Mechanismus zur proportionalen Kürzung vor.

5. Jedem Kollektivmitglied wird gemäß Art. 3 Abschnitt C Abs. 2 der Statuten und der geltenden Leistungsvereinbarung ein (1) Sitz zugewiesen.
6. Dem Sammelverein „Advocacy alliance care“ stehen gemäß Art. 3 Abschnitt D Abs. 2 der Statuten zwei (2) Sitze zu, deren Inhaber von diesem bestimmt werden: Ein Sitz geht an ein Einzelmitglied ohne Zugehörigkeit zu einem Gliedverband, der zweite an eine Advocate.
7. Die Modalitäten für die Ernennung, die Ersetzung während der Amtszeit und den Verlust der Mitgliedschaft im Pflegerat sind in dieser Geschäftsordnung festgelegt.

Art. 4 Mitglieder

1. Die Mitglieder des Pflegerats werden von den Gliedverbänden, den Kollektivmitgliedern und dem Sammelverein „Advocacy alliance care“ entsprechend der in Art. 3 festgelegten Sitzzahl entsandt.
2. Jedes Mitglied des Pflegerats darf nur einen Gliedverband oder ein Kollektivmitglied vertreten. Die Kumulierung von Vertretungen im Pflegerat ist ausgeschlossen.
3. Die Gliedverbände, die Kollektivmitglieder und der Sammelverein teilen der Geschäftsstelle die Namen ihrer Mitglieder und Stellvertreterinnen im Pflegerat spätestens bis zum Ende des Kalenderjahres mit, das der nächsten ordentlichen Delegiertenversammlung vorausgeht.

Art. 5 Stellvertreterinnen

1. Jeder Gliedverband und jedes Kollektivmitglied kann pro zugewiesenem Sitz eine Stellvertreterin benennen.
2. Die Stellvertreterin darf nur einen einzigen Gliedverband oder ein einziges Kollektivmitglied vertreten.
3. Die Stellvertreterin nimmt nur bei Abwesenheit der Amtsinhaberin an Sitzungen teil und stimmt ab; sie darf nicht gleichzeitig mit der Amtsinhaberin, die sie vertritt, an einer Sitzung teilnehmen.
4. Die Ernennung der Stellvertreterinnen erfolgt nach dem gleichen Verfahren wie die der ordentlichen Mitglieder und wird der Geschäftsleitung von alliance care mitgeteilt.
5. Die Amtszeit der Stellvertreterin entspricht der Amtszeit der Amtsinhaberin, die sie vertritt.

Art. 6 Amtszeit

Die Dauer und die Erneuerung der Amtszeit der Mitglieder des Pflegerats sind in Art. 7 Abs. 8 bis 11 der Statuten geregelt.

Art. 7 Vorzeitiges Ende der Amtszeit und Antrag auf Amtsenthebung

1. Ein Mitglied des Pflegerats kann aus triftigen Gründen vorzeitig seines Amtes enthoben werden, insbesondere bei:
 - a) schwerwiegender oder wiederholter Verletzung der Verpflichtungen, die sich aus der Amtsausübung, aus den Statuten oder aus den Reglementen von alliance care ergeben;
 - b) dem Verlust der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft im Pflegerat;
 - c) einem dauerhaften und unüberwindbaren Interessenkonflikt, der mit der Ausübung des Mandats unvereinbar ist;

- d) einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des Rufs oder der Interessen von alliance care;
 - e) der dauerhaften Unfähigkeit, das Amt auszuüben;
 - f) Verletzung der Geheimhaltungspflicht (Art. 14).
- 2. Werden triftige Gründe festgestellt, richtet der Pflegerat an die Organisation, die das Mitglied entsandt hat, einen begründeten Antrag auf Abberufung. Die Organisation nimmt die Abberufung vor oder benennt innerhalb von dreißig Tagen eine Nachfolgerin.
- 3. Bei Untätigkeit der auftraggebenden Organisation unterbreitet der Pflegerat der Delegiertenversammlung einen begründeten Antrag auf Abberufung, der mit einer Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Pflegeratsmitglieder angenommen wurde. Der Beschluss über die Abberufung obliegt der Delegiertenversammlung gemäß Art. 6 Abs. 1 Bst. g der Statuten, die mit einfacher Mehrheit der anwesenden Delegierten entscheidet. Das betroffene Mitglied nimmt an der Abstimmung im Pflegerat nicht teil.
- 4. Vorgängig jeden Antrags im Sinne der Absätze 2 und 3 wird das betroffene Mitglied vom Pflegerat angehört. Es kann sich dabei von einer Vertrauensperson unterstützen lassen. Es erhält eine Frist von mindestens zehn Tagen, um seine Verteidigung vorzubereiten. Es verfügt über dieselben Rechte vor der Delegiertenversammlung, wenn diese mit der Angelegenheit befasst wird.
- 5. Der Antrag des Pflegerats und gegebenenfalls der Beschluss der Delegiertenversammlung werden dem betroffenen Mitglied und der entsendenden Organisation schriftlich mitgeteilt. Die Abberufung wird mit dem Datum des Beschlusses der Delegiertenversammlung wirksam, sofern diese nichts anderes beschliesst.
- 6. Die auftraggebende Organisation benennt für die verbleibende Amtszeit eine Nachfolgerin gemäß dem üblichen Benennungsverfahren.
- 7. Gegen den Beschluss der Delegiertenversammlung im Sinne von Abs. 3 kann gemäss Art. 12 der Statuten Beschwerde eingelegt werden.

III. ZUSTÄNDIGKEITEN DES RATES

Art. 8 Kompetenzen

1. Der Pflegerat befasst sich mit allen Angelegenheiten, die durch die Statuten nicht ausdrücklich einem anderen Organ zugewiesen sind.
2. Er übt insbesondere die spezifischen Befugnisse aus, die ihm durch Art. 7 Abs. 4 der Statuten übertragen wurden. In diesem Rahmen legt er insbesondere die Kriterien für die Aufnahme von Einzelmitgliedern, Advocates und Ehrenmitgliedern fest und entscheidet unter Wahrung des Rechts auf Anhörung über deren Ausschluss. Die Modalitäten für die Ausübung einiger dieser Befugnisse sind in der vorliegenden Geschäftsordnung geregelt.

Art. 9 Aufnahme- und Ausschlussverfahren

1. Reguläre Zulassung

1. Jede Organisation, die alliance care als Gliedverband oder als Kollektivmitglied beitreten möchte, muss spätestens zwölf Wochen vor der ordentlichen Delegiertenversammlung, an der ihr Antrag behandelt werden soll, einen schriftlichen Antrag an die Geschäftsleitung richten.
2. Der Antrag umfasst die Statuten der antragstellenden Organisation, die Anzahl der Einzelmitglieder, eine Beschreibung ihrer Tätigkeiten im Pflegebereich sowie eine Erklärung über die Zustimmung zu den Werten und Zielen von alliance care.
3. Die Direktion prüft den Antrag und legt dem Pflegerat einen Bericht vor.
4. Der Pflegerat prüft den Antrag an seiner nächsten ordentlichen Sitzung. Er kann eine Vertreterin der antragstellenden Organisation anhören. Er entscheidet mit einfacher Mehrheit über den Vorschlag, der der Delegiertenversammlung vorgelegt werden soll.
5. Der Vorschlag des Pflegerats wird zusammen mit den Bewerbungsunterlagen und dem Bericht spätestens vier Wochen vor der Versammlung an die Delegierten weitergeleitet.
6. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme trifft die Delegiertenversammlung, die auf Vorschlag des Pflegerats mit einfacher Mehrheit beschliesst.

2. Vorläufige Zulassung

1. Erfüllt eine antragstellende Organisation die Aufnahmebedingungen, kann die nächste Delegiertenversammlung jedoch nicht innerhalb einer für die Organisation angemessenen Frist zusammentreten, so kann der Pflegerat ihr auf begründeten Antrag den Status eines vorläufigen Mitglieds bis zur Bestätigung durch die Delegiertenversammlung gewähren.
2. Die vorläufige Aufnahme ist an die folgenden kumulativen Bedingungen geknüpft:
 - a) Einreichung eines vollständigen Antrags gemäß Abs. 1 Ziff. 2;
 - b) positiver Analysebericht der Geschäftsleitung;
 - c) Beschluss des Pflegerats, der mit einer Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Mitglieder gefasst wurde;
 - d) schriftliche Verpflichtung der antragstellenden Organisation, die Statuten und Reglemente von alliance care einzuhalten sowie die fälligen Beiträge zu entrichten;
 - e) Vorlage der vorläufigen Zulassung zur nächsten ordentlichen Delegiertenversammlung zur endgültigen Bestätigung.
3. Das vorläufige Mitglied verfügt ab dem Beschluss des Pflegerats über die mit seiner Mitgliedschaft verbundenen Rechte, vorbehaltlich folgender Einschränkungen: Es hat bis zur endgültigen Bestätigung kein Stimmrecht in der Delegiertenversammlung und kann nicht in den Organen des Verbands mitwirken.

4. Die vorläufige Aufnahme gilt mit der Genehmigung durch die Delegiertenversammlung als endgültig. Im Falle einer Ablehnung erlischt die Mitgliedschaft mit dem Datum des Beschlusses der Delegiertenversammlung; die für die Dauer der vorläufigen Aufnahme entrichteten Beiträge verbleiben bei alliance care.
5. Der Beschluss über die vorläufige Zulassung sowie der Beschluss über die Bestätigung oder Ablehnung werden der betroffenen Organisation schriftlich mitgeteilt.

3. Ausschluss

1. Der Pflegerat kann der Delegiertenversammlung den Ausschluss eines Gliedverbands oder eines Kollektivmitglieds aus triftigen Gründen vorschlagen, insbesondere bei:
 - a) schwerwiegender oder wiederholter Verletzung statutenmäßiger oder vertraglicher Verpflichtungen;
 - b) Nichtzahlung des Beitrags nach einer Mahnung;
 - c) einem Verhalten, das den Interessen oder dem Ruf von alliance care schwer schadet.
2. Bevor der Pflegerat seinen Vorschlag formuliert, hört er die betroffene Organisation an. Dieser wird eine Frist von mindestens fünfzehn Tagen eingeräumt, um ihre schriftlichen Stellungnahmen einzureichen.
3. Der schriftlich begründete Ausschlussantrag wird der Delegiertenversammlung zusammen mit den Unterlagen vorgelegt. Die betroffene Organisation hat das Recht, vor der Abstimmung von der Versammlung angehört zu werden.
4. Die Delegiertenversammlung beschließt mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Delegierten.
5. Der Ausschlussbeschluss wird der betroffenen Organisation innerhalb von zehn Tagen nach der Versammlung schriftlich mitgeteilt. Gegen diesen Beschluss kann gemäß Art. 12 der Statuten Beschwerde eingelegt werden.

4. Aufnahme von Einzelmitgliedern und Advocates

1. Wer alliance care als Einzelmitglied oder als Advocate beitreten möchte, richtet einen schriftlichen Antrag an die Geschäftsleitung.
2. Gemäss Art. 3 Abschnitt A und Art. 3 Abschnitt E der Statuten prüft die Geschäftsleitung den Antrag anhand der vom Rat gemäß Art. 8 Abs. 2 dieses Reglements festgelegten Aufnahmekriterien.
3. Die Direktion entscheidet über die Aufnahme, wenn die Kriterien offensichtlich erfüllt sind. Bei Zweifeln, besonderen Umständen oder einem begründeten Einspruch legt sie den Antrag dem Pflegerat vor, der mit einfacher Mehrheit entscheidet.
4. Die Ablehnung eines Aufnahmeantrags wird der betroffenen Person schriftlich mitgeteilt, wobei auf die Rechtsmittel gemäß Art. 12 der Statuten hingewiesen wird.

IV. INTERNE ORGANISATION

Art. 10 Vorsitz und Geschäftsführung

1. Vorsitz

1. Den Vorsitz im Pflegerat hat die Vorsitzende inne.
2. Ist ein Mitglied des Präsidiums verhindert, übernimmt ein anderes Mitglied des Präsidiums gemäß Art. 7 Abs. 6 der Statuten die Leitung.
3. Die Arbeit der Präsidentin und der Vizepräsidentin ist geprägt von institutionellem und zwischenmenschlichem Dialog sowie von Zusammenarbeit. Dieser Ansatz fördert die Anerkennung, Stärkung und nachhaltige Entwicklung des Berufs der Pflegefachfrau im Schweizer Gesundheitswesen im Dienst der Bevölkerung und der Versorgungsqualität und gewährleistet eine partizipative, transparente und kollegiale Führung.
4. Der Vorsitz übernimmt insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Festlegung, Umsetzung und Überwachung der Strategie von alliance care im Rahmen der von der Delegiertenversammlung festgelegten Vorgaben;
 - b) Führung des Pflegerats und des Vorsitzes;
 - c) Aufsicht über die Direktion;
 - d) Festlegung der Tagesordnung für die Sitzungen des Pflegerats;
 - e) Vorsitz der Delegiertenversammlung gemäß Art. 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung;
 - f) Vorbereitung der Sitzungen des Pflegerats und der Delegiertenversammlung in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung;
 - g) Überwachung der Einhaltung der Statuten und der Reglemente;
 - h) Genehmigung der Umsetzung dringender Zirkularbeschlüsse gem. Art. 15;
 - i) Erlass vorläufiger Beschlüsse in nachweislichen Notfällen, die der nachträglichen Bestätigung durch den Pflegerat unterliegen;
 - j) Rechtsvertretung von alliance care gegenüber Dritten;
 - k) Verantwortung für die Unternehmenskommunikation bei alliance care.

2. Geschäftsführung

1. Die Geschäftsleitung ist gemäß Art. 11 der Statuten für die operative Leitung von alliance care verantwortlich.
2. Sie erstattet dem Pflegerat regelmässig Bericht.
3. Die vom Pflegerat bestellten Mitglieder des Präsidiums und der Geschäftsleitung verfügen gem. Art. 7 Abs. 7 der Statuten über ein Kollektivzeichnungsrecht zu zweit.

3. Vizepräsidium

1. Die Vizepräsidentinnen unterstützen die Präsidentin bei all ihren Aufgaben und wirken an der strategischen Leitung des Pflegerats mit.
2. Sie übernehmen Aufgabenbereiche, die von der Präsidentin in Absprache mit ihnen festgelegt werden, und vertreten die Präsidentin, falls diese verhindert ist.
3. Die konkrete Aufteilung der Zuständigkeitsbereiche unter den Vizepräsidentinnen wird von der Präsidentin festgelegt und dem Pflegerat mitgeteilt.

Art. 11 Dokumente und Sprachen

1. Die offiziellen Sprachen von alliance care sind Deutsch und Französisch.
2. Die Sitzungen des Pflegerats finden nach Möglichkeit mit Simultanübersetzung in die beiden offiziellen Sprachen statt. Dabei wird vorzugsweise ein Online-Übersetzungstool verwendet.
3. Die dem Pflegerat vorgelegten Unterlagen werden den Mitgliedern nach Möglichkeit in beiden offiziellen Sprachen zur Verfügung gestellt, sobald sie versandt werden.
4. Jedes Pflegeratsmitglied hat das Recht, sich in der offiziellen Sprache seiner Wahl zu äußern und abzustimmen
5. Das Protokoll wird nach Möglichkeit in beiden offiziellen Sprachen erstellt. Bei Abweichungen entscheidet der Pflegerat, welche Fassung maßgebend ist.

Art. 12 Sitzungen und Beschlussfassung

1. Der Pflegerat tritt so oft wie nötig zusammen, mindestens jedoch dreimal im Jahr.
2. Die Sitzungen können vor Ort, per Videokonferenz oder hybrid stattfinden.
3. Der Pflegerat ist beschlussfähig, wenn gleichzeitig anwesend oder vertreten sind: (i) mindestens fünfundsiebzig Prozent (75 %) der Mitglieder aus den Gliedverbänden (mit Ausnahme des SBK), der Kollektivmitglieder und des Sammelvereins „Advocacy alliance care“ (Kategorien gemäß Art. 3 Abs. 4 bis 6 oben); und (ii) mindestens zwanzig (20) Mitglieder des SBK-Vorstands (Art. 3 Abs. 2 und 3 oben).
4. Änderungsanträge zu den Statuten, die der Delegiertenversammlung vorgelegt werden sollen, erfordern zudem die Anwesenheit oder Vertretung von mindestens achtzig Prozent (80 %) der Mitglieder aus den Gliedverbänden (mit Ausnahme des SBK), der Kollektivmitglieder und des Sammelvereins „Advocacy alliance care“. Sie werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen, wobei Stimmenthaltungen nicht gezählt werden.

5. Beschlüsse werden gemäß den in Art. 13 festgelegten Mehrheiten gefasst.
6. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der Präsidentin oder der den Vorsitz führenden Person den Ausschlag, gemäß Art. 7 Abs. 6 der Statuten.
7. Beschlüsse können auch im schriftlichen oder elektronischen Zirkulationsverfahren gefasst werden, gemäß Art. 15.
8. Der Pflegerat hält in der Regel drei ordentliche Sitzungen pro Jahr ab: die Juni-Sitzung, die als Präsenzveranstaltung während der Woche der Delegiertenversammlung stattfindet; die Sitzungen im April und Oktober, die online oder im Hybridformat abgehalten werden. Der jährliche Sitzungskalender wird vom Präsidium festgelegt und allen Mitgliedern spätestens am 30. November des Vorjahres mitgeteilt.
9. Die Einberufung wird zusammen mit der Tagesordnung und den dazugehörigen Unterlagen mindestens drei (3) Wochen vor der Sitzung auf elektronischem Wege versandt.
10. Eine außerordentliche Sitzung wird vom Präsidium einberufen, wenn es dies für erforderlich hält oder wenn ein schriftlicher und begründeter Antrag von mindestens einem Viertel (1/4) der Mitglieder der Gliedverbände (mit Ausnahme des SBK), der Kollektivmitglieder und des Sammelvereins vorliegt. Die Einberufungsfrist beträgt mindestens zwei (2) Wochen.
11. Die Leiterin der Direktion nimmt an den Sitzungen des Pflegerats mit beratender Stimme teil. Weitere Mitglieder der Direktion können bei bestimmten Themen zur Teilnahme herangezogen werden. Der Pflegerat kann vor oder während der Sitzung beschließen, dass bestimmte Punkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit, d. h. ohne Anwesenheit der Direktion und ihrer Führungskräfte, behandelt werden.

Art. 13 Mehrheiten und Wahlverfahren

1. Allgemeine Regel

Der Pflegerat beschließt mit einfacher Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder (mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen). Stimmenthaltungen werden nicht zu den abgegebenen Stimmen gezählt. Bei Stimmengleichheit gibt gemäß Art. 7 Abs. 6 der Statuten die Stimme der Präsidentin oder des vorsitzenden Präsidiumsmitglieds den Ausschlag.

2. Beschlüsse mit einfacher Mehrheit

Die folgenden Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst:

- a) Genehmigung des Jahresbudgets und seiner Änderungen während des Geschäftsjahres;
- b) Genehmigung der Zwischenabschlüsse und Finanzberichte;
- c) Festsetzung der Beiträge der Gliedverbände, der Kollektivmitglieder und der Solidaritätsbeiträge der Advocates;
- d) Abschluss und Kündigung von Leistungsverträgen mit den Gliedverbänden und Kollektivmitgliedern;

- e) Festlegung der Aufnahmekriterien für Einzelmitglieder, Advocates und Ehrenmitglieder;
- f) Ausarbeitung von Anträgen für die Delegiertenversammlung (Aufnahme, Ausschluss, Reglemente);
- g) Verabschiedung des Strategieplans und seiner jährlichen Anpassungen;
- h) Einrichtung und Auflösung von Ausschüssen;
- i) Übertragung von Befugnissen an die Ausschüsse;
- j) Genehmigung der Ausschussberichte;
- k) Entscheidungen zur internen Organisation (Tagesordnung, Verfahren usw.);
- l) jeder Beschluss, für den nach der vorliegenden Bestimmung keine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist.

3. Beschlüsse mit einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln

Folgende Beschlüsse erfordern eine Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Mitglieder:

- a) endgültiger Ausschluss eines Einzelmitglieds, einer Advocate oder eines Ehrenmitglieds (gem. Art. 8 Abs. 2);
- b) Annahme eines Antrags auf Abberufung eines Ratsmitglieds zur Vorlage an die Delegiertenversammlung (gem. Art. 7 Abs. 3);
- c) Wahl und Abberufung der Mitglieder der Geschäftsleitung;
- d) Annahme eines Antrags auf Änderung der Geschäftsordnung des Pflegerats, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Delegiertenversammlung gem. Art. 6 Abs. 1 Bst. m der Statuten;
- e) Verabschiedung und Änderung aller sonstigen Vorschriften, die in die Zuständigkeit des Pflegerats fallen.

Art. 14 Vertraulichkeit der Abstimmungen und Beratungen

1. Die Abstimmungen im Pflegerat erfolgen durch Handzeichen, es sei denn, mindestens ein Fünftel der anwesenden oder teilnehmenden Mitglieder beantragt eine geheime Abstimmung.
2. Das Abstimmungsergebnis wird im Protokoll festgehalten, unter Angabe der Anzahl der Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und Enthaltungen. Die Identität der Abstimmenden wird nicht genannt, es sei denn, der Pflegerat hat ausdrücklich eine namentliche Abstimmung beschlossen.
3. Die Beratungen des Pflegerats sind vertraulich. Die Mitglieder sind zur Verschwiegenheit über den Inhalt der Beratungen, die geäußerten Standpunkte und die einzelnen Abstimmungen verpflichtet.
4. Das Protokoll wird gemäß den vom Pflegerat nach Art. 18 festgelegten Modalitäten veröffentlicht. Bestimmte Teile können durch Beschluss des Pflegerats als vertraulich eingestuft werden.
5. Ein Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht kann gem. Art. 7 einen triftigen Grund für die vorzeitige Beendigung des Mandats darstellen.

Art. 15 Verfahren der Zirkularbeschlüsse

1. Die Vorsitzende kann einen Beschluss im schriftlichen oder elektronischen Zirkulationsverfahren vorlegen, wenn die Dringlichkeit dies rechtfertigt oder wenn der Gegenstand keine Beratung erfordert.
2. Die Antwortfrist beträgt mindestens sieben Kalendertage ab Versanddatum. In hinreichend begründeten dringenden Fällen kann diese Frist auf drei Werktage verkürzt werden.
3. Ein Beschluss auf dem Zirkularweg ist rechtswirksam gefasst, wenn die absolute Mehrheit der Mitglieder des Pflegeausschusses daran teilnimmt (Teilnahmequorum).
4. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der stimmenden Mitglieder gefasst, sofern diese Geschäftsordnung oder die Statuten nichts anderes vorsehen. Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit (Art. 14 Abs. 3) erfordern zwei Drittel der stimmenden Mitglieder, wobei das Beschlussquorum eingehalten werden muss.
5. Jedes Mitglied kann innerhalb der festgelegten Frist verlangen, dass der Tagesordnungspunkt zur Beratung auf die nächste Sitzung vertagt wird. Dieser Antrag setzt das Zirkularverfahren aus.
6. Mitglieder, die nicht innerhalb der gesetzten Frist geantwortet haben, gelten als Enthaltungen. Ihre Nichtbeantwortung wird im Protokoll vermerkt.
7. Das Abstimmungsergebnis wird allen Mitgliedern innerhalb von fünf Werktagen nach Ablauf der Frist mitgeteilt.

Art. 16 Kommissionen

1. Der Pflegerat kann gem. Art. 7 Abs. 5 der Statuten ständige oder befristete Ausschüsse einsetzen.
2. Er legt deren Zusammensetzung, deren Mandat und deren Zuständigkeiten fest.
3. Er kann ihnen Entscheidungsbefugnisse übertragen, die in einem gesonderten Reglement festgelegt sind.
4. Die Ausschüsse erstatten dem Pflegerat Bericht.

V. AUFGABEN UND PROTOKOLLE

Art. 17 Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder üben ihr Amt persönlich und im Interesse des Verbands aus.
2. Sie unterliegen einer Sorgfalts- und Treuepflicht.
3. Im Falle eines Interessenkonflikts müssen die betroffenen Mitglieder in den Ausstand treten.

Art. 18 Protokoll

1. Über jede Sitzung wird ein Protokoll in deutscher oder französischer Sprache verfasst. Die Verantwortung für die Abfassung liegt bei der Direktion. Beschließt der Pflegerat, eine Sitzung ganz oder teilweise unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Anwesenheit der Direktion abzuhalten (Art. 13 Abs. 11), so verfasst ein Mitglied des Pflegerats das Protokoll über den betreffenden Teil der Sitzung.
2. Das Protokoll wird den Pflegeratsmitgliedern innerhalb von vierzehn (14) Tagen nach der Sitzung zugestellt.
3. Das Protokoll gilt vierzehn (14) Tage nach seiner Versendung als stillschweigend genehmigt, sofern kein Widerspruch eingelegt wird. Formale Korrekturen (Rechtschreibung, Verweise) werden auf dem üblichen Weg vorgenommen. Im Falle eines Einspruchs gegen den Inhalt eines bestimmten Punktes wird dieser Punkt von Amts wegen als „Rückkommensantrag“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt, wobei der Einspruchsteller den Antrag zu begründen hat.
4. Der Pflegerat legt gem. Art. 14 fest, welche Personen Zugang zum Protokoll oder zu Teilen davon haben.

VI. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 19 Entschädigungen

1. Die Mitglieder des Pflegerats und seiner Ausschüsse erhalten für die Ausübung ihres Mandats eine Aufwandsentschädigung.
2. Die Modalitäten der Entschädigung werden in einem separaten Entschädigungsreglement festgelegt, das vom Pflegerat erlassen und der Delegiertenversammlung zur Genehmigung vorgelegt wird.
3. Das Entschädigungsreglement unterscheidet insbesondere zwischen (i) Sitzungsgeldern für die Teilnahme an Sitzungen, (ii) etwaigen Pauschalbeträgen für spezifische Aufgaben, insbesondere für den Vorsitz, die stellvertretenden Vorsitze und den Vorsitz in Ausschüssen, sowie (iii) der Erstattung der tatsächlich entstandenen Kosten.
4. Die tatsächlichen Kosten werden auf der Grundlage der geltenden Tarife von alliance care erstattet.
5. Das Entschädigungsreglement bleibt bis zu einer von der Delegiertenversammlung genehmigten Änderung in Kraft.

Art. 20 Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt nach Genehmigung durch die Delegiertenversammlung gemäß Art. 6 Abs. 1 Bst. m der Statuten in Kraft.

Jede Änderung dieses Reglements unterliegt demselben Verfahren.

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung von alliance care

am _____